

180-Millionen-Projekt beschlossen

Kreistag stimmt geschlossen für flächendeckende Glasfaserversorgung von Privathaushalten

Main-Kinzig-Kreis (mab). Es ist ein ehrgeiziges Projekt, mit dem der Main-Kinzig-Kreis ein weiteres Mal zum landesweiten Spitzenreiter in puncto Digitalisierung werden will. Für insgesamt 183 Millionen Euro soll die kreiseigene Breitband GmbH innerhalb der nächsten fünf Jahre den Glasfaserausbau in den Städten und Gemeinden weiter voranbringen. Geplant ist der direkte Anschluss für den privaten Bereich, um auch hier Gigabit-Leistungen zu erreichen. Die Mittel sollen größtenteils von Bund- und Land aufgebracht werden. Geschlossen billigten die Kreistagsabgeordneten am Freitag das Vorhaben, das Wirtschaftsdezernent Winfried Ottmann als das „größte Infrastrukturprojekt in der Geschichte des Main-Kinzig-Kreises“ bezeichnete.

Keiner der Abgeordneten, die am Freitag ans Rednerpult in der Sport- und Kulturhalle Meerholz traten, sparte mit Superlativen. Das Investitionsvolumen für den flächendeckenden FTTB-Ausbau, die Abkürzung steht für „Fiber to the Building“, ist mit 183 Millionen Euro in der Tat beeindruckend. 50 Prozent der Kosten sollen durch Fördermittel des Bundes, 40 Prozent durch das Landesprogramm „Graue Flecken“ finanziert werden. Zwar hat der Kreis sein gesamtes Gebiet bereits mit Glasfaserkabeln abgedeckt, die enden jedoch zumeist im Verteilerkasten an der Straße und gehen nicht bis ins Haus. Dadurch wird größtenteils nur eine Übertragungsgeschwindigkeit von bis zu 50 Megabit pro Sekunde erreicht, ein Umstand, der es dem Kreis ermöglicht, vom Förderprogramm des Landes zu profitieren. Von insgesamt 120 000 Gebäuden im Kreisgebiet und der Stadt Hanau seien etwa 66 000 ausbaufähig, erläuterte Ottmann. Werde der Kreis nicht selbst tätig, sei zu erwarten, dass ein Teil des Gebiets von anderen Netzbetreibern ausgebaut werde, jedoch überwiegend die Region Hanau. „Wir gehen davon aus, dass private Anbieter nur die lukrativen Gebiete erschließen werden, so dass am Ende rund 30 000 Gebäude nicht erreicht werden. Aber genau das wollen wir nicht, sondern überall

einen Zugang zu noch schnelleren Bandbreiten ermöglichen, auch im ländlichen Raum“, betonte Ottmann

Insgesamt rechnet er mit einer Anschlussquote von 65 Prozent. Der Anteil, den der Kreis innerhalb von fünf Jahren für das Vorhaben zahlen muss, liegt bei 33,5 Millionen Euro, mehr als 10 Prozent der Gesamtsumme, da die Erträge, die die Breitband GmbH mit der Vermietung des Netzes erwirtschaftet, von den Investitionen abgezogen werden müssen. Insgesamt also ein großer Brocken, zumal das Vorhaben einige Risiken birgt, wie Ottmann erläuterte. Denn Änderungen der Förderprogramme von Bund und Land könnten dazu führen, dass der Kreis neu über das Projekt beraten müsste. Unstrittig sei hingegen, dass die Bürger auch in den ländlichen Regionen dringend auf höhere Bandbreiten angewiesen seien. Zwar seien bis zur Corona-Krise nur etwa 10 Prozent der Netzkunden bereit gewesen, einen Aufpreis für schnellere Verbindungen zu zahlen, doch das habe sich seit der Pandemie deutlich geändert. Dem stimmten sämtliche Redner am Freitag zu.

„Seit März 2020 ist klar, dass Menschen auch im ländlichen Raum schneller und flexibler werden müssen“, betonte Srita Heide (CDU). Klaus Schejna (SPD) sprach von einer epochalen Entscheidung, die dem Kreis einen enormen Standortvorteil verschaffen werde. Rainer Bousonville (Grüne) und Alexander Noll (FDP) verwiesen auf den verstärkten Trend zum Homeoffice, der auch nach der Pandemie anhalten werde. Michael Reul (CDU) nannte den Glasfaserausbau einen elementaren Bestandteil der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Kreis wird Teil der Gigabitregion FrankfurtRheinMain

Nur scheinbar im Widerspruch zum Eigenausbau des Netzes steht ein weiterer Beschluss, den die Abgeordneten am Freitag einstimmig fassten. Demnach soll der Kreis mit elf weiteren Partnern eine GmbH zur Koordination und Umsetzung

des Glasfaserausbaus gründen. Die „Gigabitregion FrankfurtRheinMain“ soll als offizieller Vertrags- und Ansprechpartner für Telekommunikationsunternehmen fungieren. Insgesamt spricht die GmbH für acht Landkreise und drei Städte (Frankfurt, Offenbach, Wiesbaden) und somit für 3,2 Millionen Bürger. Ottmann verspricht sich von einer Mitgliedschaft deutliche Synergieeffekten bei Antragstellungen oder Genehmigungsprozessen. „Da wir nicht vorhersagen können, was in den nächsten fünf Jahren passiert,

besteht durch die Mitgliedschaft in der Gigabitregion die Möglichkeit, unser Vorhaben weiter umsetzen zu können, falls es zu Problemen beim Eigenausbau kommen sollte“, meinte der Kreisbeigeordnete. Ziel der Gigabitregion ist es, alle Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sowie Gewerbebetriebe bis 2025 mit einem glasfaserbasierten, gigabitfähigen Internetzugang auszurüsten. Bis 2030 sollen 90 Prozent aller Haushalte im Gesamtgebiet mit der Technologie versorgt werden. Neben einer Stammeinlage von 3 900 Euro verpflichtet sich der Kreis zu einer jährlichen Beitragszahlung von 70 000 Euro (ab 2023 sind es 27 000 Euro).

Ausfallbürgschaft beschlossen

Einstimmig grünes Licht gaben die Parlamentarier am Freitag auch für eine weitere Beschlussvorlage des Kreisausschusses. Demnach übernimmt der Main-Kinzig-Kreis eine Ausfallbürgschaft für seine Breitband GmbH in Höhe von rund 9,6 Millionen Euro für die derzeitigen Anbindungen seiner Gewerbegebiete an das Glasfasernetz. Das beauftragte Unternehmen (Altindal Projektmanagement und Verwaltungs GmbH) hatte Anfang des Monats eine entsprechende Sicherheit gefordert. Andernfalls, betonte Ottmann, könnte das Unternehmen seinen Vertrag kündigen, was zu Verzögerungen beim Netzausbau führen würde. Für die Übernahme der Bürgschaft erhält der Kreis eine einmalige Provision in Höhe von 19 000 Euro.